

Anfragen zum Plenum in der 7. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welches Unternehmen (Transdev GmbH, Bayerische Oberlandbahn – BOB, Deutsche Bahn Netze AG etc.) für die Betriebsbereitschaft der Schieneninfrastruktur München – Lenggries und München – Bayischzell verantwortlich ist, welche personellen und technischen Ressourcen zur Schneeräumung auf diesen Strecken zur Verfügung stehen und mit welchen Maßnahmen zukünftigen witterungsbedingten Ausfällen entgegengewirkt werden soll?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchen Ergebnissen hat die Prüfungsaufforderung des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) an den Landrat des Landkreises Miesbach bezüglich des Wasserschutzgebietsverfahrens „Stadtwerke München, Thalham-Reisach-Getzing, Landkreis Miesbach“ mit Schreiben des StMUV vom 22.12.2014 (Zeichen 57a-U4532-2001/20-1), insbesondere bezüglich der Altrechte der Landeshauptstadt München für die Wassergewinnung, der Vorlage eines Brunnenmanagementplans, aber auch der anderen genannten Punkte, geführt, teilt die Staatsregierung die Ergebnisse des daraufhin erstellten Gutachtens „Prüfung möglicher Alternativen zur Trinkwassergewinnung im geplanten Wasserschutzgebiet Thalham-Reisach-Getzing (Prüfung des Brunnenmanagementplans)“ durch das Landratsamts Miesbach, insbesondere bezüglich möglicher Alternativen für die Wasserversorgung Münchens, zum Beispiel aus der Münchner Schotterebene, und welche Gefahren für das Trinkwasser – und damit für die Bevölkerung –, wie bakterielle oder chemische Belastungen, sollen durch die geplante Neufestsetzung des Wasserschutzgebiets mit drei Schutz-zonen verhindert werden?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, für welche von der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mbH (BEG) bestellten Regional- und S-Bahn-Verkehre gibt es derzeit Streckenfaltfahrpläne, für welche von der BEG bestellten Regional- und S-Bahn-Verkehre gibt es seit Fahrplanwechsel im Dezember 2018 keine Streckenfaltfahrpläne mehr und inwieweit wurde der Verzicht auf Streckenfaltfahrpläne mit der BEG abgestimmt?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit sie im Hinblick auf die wachsende Bedeutung von Informatikkenntnissen für die Arbeits- und Berufswelt Potenzial für weitere Studiengänge und Studienplätze im Fach „Informatik“ in Bayern sieht, wie sie zu einer Ausweitung der Studienplätze bzw. Studiengänge in Unterfranken, insbesondere in Aschaffenburg, steht und welche Voraussetzungen vonseiten der Hochschule und anderer Beteiligter noch erfüllt werden müssen, um einen siebensemestrigen Bachelor-Studiengang für angewandte Informatik am Untermain anzusiedeln, wie er in einem Artikel in der Zeitung „Main-Echo“ vom 18.07.2018 angekündigt wurde?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die hoch umstrittene Heilung Homosexueller durch Therapie (sog. Homo-Heilung bzw. Konversionstherapie) bewertet, welche Kenntnis sie über derlei Angebote in Bayern hat und ob sie sich auf Bundesebene für ein Verbot von Konversionstherapien für Homo- und Transsexuelle einsetzen wird?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem die Staatsregierung auf meine Anfrage zum Plenum vom 04.02.2019 antwortete, dass die 3+2-Regelung in Bayern in vollem Umfang umgesetzt werde, frage ich sie nochmal, was die Fakten- und Datengrundlage dieser Aussage ist (Gesamtzahl der erteilten Ausbildungsduldungen anzugeben), trifft es zu, dass Flüchtlinge nach abgeschlossener Ausbildung keine Beschäftigungserlaubnis erhalten (wenn ja, wäre das wieder ein Verstoß gegen die 3+2-Regelung und die 3+2-Regelung würde in Bayern nicht ansatzweise umgesetzt – siehe konkret den Fall von Brian F. in Weilheim Schongau und wo zwei Klagen mit Eilantrag aufgrund des Arbeitsverbots bzw. Befristung der Arbeitserlaubnis eingereicht wurde) und wenn die 3+2-Regelung in Bayern in vollem Umfang umgesetzt wird, warum müssen Gerichte die Entscheidungen der Ausländerbehörden korrigieren (wie etwa die Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Bayreuth – B 6 E 18.1285 – und Verwaltungsgerichts München – M 24 K 17.4488)?

Matthias Fischbach
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr über die „Schüler-Demonstrationen“ unter dem Motto „Fridays for Future“ in den letzten Wochen vorliegen (angemeldete Demonstrationen und Teilnehmerzahlen nach Städten in Bayern), welche Leitlinien sie den Schulleitungen zum Umgang mit der Teilnahme von Schülerinnen und Schülern und ggfs. Lehrkräften an Demonstrationen während der Unterrichtszeit an die Hand gegeben hat (insbesondere bezüglich Disziplinarmaßnahmen, politischer Werbung, Aufsichts- und Beamtenrecht sowie Nachholung des verpassten Unterrichtsstoffs) und ob die Staatsregierung generell plant, Maßnahmen zu ergreifen, um ein stärkeres politisches Engagement von Schülerinnen und Schülern zu fördern?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Vertreterinnen und Vertreter der Staatsregierung werden auf der diesjährigen Sicherheitskonferenz am kommenden Wochenende teilnehmen und was ist Ziel und Zweck ihrer Teilnahme?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist der prozentuale Flächenanteil der Vertragsnaturschutzmaßnahmen mit späterem Mähzeitpunkt am gesamten Dauergrünland in Bayern, welcher Anteil wird erwartet, wenn die Fläche des Vertragsnaturschutzprogramms – wie vom Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber, angekündigt (Pressemeldung Nr.13/19 des Umweltministers vom 01.02.2019) – verdoppelt wird und bis wann soll nach Vorstellung der Staatsregierung diese Verdoppelung erreicht werden?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie lässt sich die geplante Flächenversiegelung von 60.000 qm Acker- und Wiesenböden (für sechs Hallen á 15 m Höhe) im Landkreis Fürth für den Neubau einer Logistikfirma mit den Zielen des flächenschonenden Bauens, welche so im Koalitionsvertrag festgelegt wurden, vereinbaren und wird dann aufgrund des erhöhten Verkehrsaufkommens die geplante Umgehungsstraße für die Ortschaft an der B 14 schneller realisiert werden als aktuell anvisiert?

Markus (Tessa) Ganserer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele homo- bzw. transphob motivierte Straf- und Gewalttaten (sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität) wurden im Jahr 2018 in Bayern erfasst, wie hoch wird die Dunkelziffer bei homo- und transphob motivierten Straf- und Gewalttaten in Bayern geschätzt und was unternimmt die Staatsregierung, um derartige Straf- und Gewalttaten zu verhindern?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit trifft es zu, dass eine Fahrradmitnahme auf der seit Fahrplanwechsel im Dezember 2018 von der Bayerischen Regiobahn GmbH (BRB) betriebenen Strecke München/Augsburg – Füssen aufgrund von Platzmangel nicht möglich ist, inwieweit hat die Bayerische Eisenbahngesellschaft mbh (BEG) im Rahmen des Verkehrsdurchführungsvertrages mit der BRB die Möglichkeit der Fahrradmitnahme vertraglich vereinbart (mit Bitte um Mitteilung der genauen Kriterien für eine Fahrradmitnahme und gegebenenfalls der Verfahrensweise bei der Erstattung eines bereits vor der Fahrt erworbenen Fahrradtickets, wenn die Fahrradmitnahme nicht möglich ist) und wie stellt die Staatsregierung bzw. die BEG sicher, dass künftig eine Fahrradmitnahme reibungslos möglich ist?

Harald Güller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen für Beamtinnen bzw. Beamte und Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer gab es zum 01.01.2019 an den bayerischen Finanzämtern, wie viele davon waren tatsächlich mit Arbeitskräften besetzt und wie viele davon waren nicht mit Beamtinnen bzw. Beamten und Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmern besetzt (bitte mit Angabe von Gründen, z. B. Ausbildung von Anwärtinnen bzw. Anwärtern, Abordnungen, Altersteilzeit, Widerbesetzungssperre, Weiteres)?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Bezugnehmend auf die Berichterstattung der „Main-Post“ vom 16.03.2018 („Konferenz dringend erforderlich“), wonach sich die Abgeordneten Oliver Jörg und Manfred Ländner mit dem Staats-

sekretär Gerhard Eck, einig seien, dass die Ortsumgehung Rimpar im Zusammenhang mit einer Verkehrsentslastung der Stadt Würzburg und den überregionalen Verbindungen von B 27 und B 19, A 7 und B 8 gesehen werden muss, dass eine Verkehrskonferenz „Würzburger Norden“ gebildet und Verkehrslösungen für diesen erarbeitet werden müssen, frage ich die Staatsregierung, wie sie die Verkehrsbelastung für die Orte Maidbronn, Rimpar, Güntersleben, Veitshöchheim sowie die Würzburger Stadtteile Grombühl und Oberdürrbach im Hinblick auf den örtlichen und überörtlichen Verkehr einschätzt und welche Schritte und Maßnahmen die Staatsregierung bisher zur Erarbeitung von Verkehrslösungen im Würzburger Norden beziehungsweise zur Einberufung einer Verkehrskonferenz konkret unternommen hat?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, hat sie oder haben ihr untergeordnete Staatsministerien ein Gutachten zum Granitabbau an der sogenannten Häftlingswand im ehemaligen KZ-Steinbruch „Wurmstein“ auf Gebiet der Gemeinde Flossenbürg in Auftrag gegeben oder ist der Staatsregierung ein solches Gutachten bekannt und auf welchem Wege ist dieses Gutachten einsehbar?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass die Verlegung der Schuleingangsuntersuchung an die Gesundheitsämter in den Flächenlandkreisen zu einer Benachteiligung der Landbevölkerung führt, frage ich die Staatsregierung, welche Lösungen sie für Eltern auf dem Land anbietet, die bis zu 45 Minuten Autofahrt oder 90 Minuten mit dem ÖPNV zum nächsten Gesundheitsamt zu fahren haben, worin der Vorteil liegt, Schuleingangsuntersuchungen nicht mehr an den Kindergärten durchzuführen und welche Sanktionen Sorgeberechtigte erwarten, die den Termin nicht wahrnehmen können?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche konzeptionellen Änderungen sich in den Verfahren zur Bestimmung der Messzahlen durch die Neuordnung im Vergleich zum bisherigen Verfahren ergeben haben, welche Einzahlungen in den Länderfinanzausgleich durch den Freistaat Bayern in den Jahren 2018, 2019, 2020, 2021, 2022 zu leisten waren/sind (entweder Ist-Zahlen oder diejenigen Schätzwerte, die für die Erstellung des Haushaltsentwurfs zugrunde gelegt werden) und in welcher Höhe (relativ zum Gesamtaufkommen der Steuer sowie absolut) sich die Umsatzsteuerverteilung für diese Jahre (Ist-Zahlen oder Schätzwerte wie oben) beläuft?

Annette Karl
(SPD)

Da für die Teichwirtschaft die Fischotter ein weiteres großes Problem für einen wirtschaftlichen Betrieb dieses Erzeugungszweiges darstellen und auch die Biodiversität durch den Fischotter und die in Teilen folgende Stilllegung von Teichwirtschaften leidet, frage ich die Staatsregierung, wie viele Bewerberinnen bzw. Bewerber es auf die Stellenausschreibung 262/2018/AZ:0302 zur Einstellung eines Fischotterberaters gab, wann dieser zusätzliche Berater seine Tätigkeit aufnimmt und welche Beraterstellen derzeit im Bereich der Teichwirtschaft unbesetzt oder nur teilweise (eigene Stundenreduzierung der angestellten Mitarbeiter) besetzt sind?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Naturschutzgebieten in der Stadt und im Landkreis Schweinfurt ist der Einsatz von Pestiziden in der Naturschutzgebietsverordnung nicht verboten und welche Pestizide kamen in welchem Naturschutzgebiet in den letzten zwei Jahren zum Einsatz?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele minderjährige Kinder wurden seit 2015 (bitte pro Jahr aufführen) durch Abschiebehaft von ihren Eltern getrennt, wie alt waren die Kinder jeweils, wie lange dauerte die getrennte Unterbringung des Kindes (bitte aufgeteilt nach Regierungsbezirken aufführen)?

Andreas Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Form kann sie der Bedürftigkeit von Menschen mit geringem Einkommen, Menschen in prekären Arbeitssituationen, Menschen ohne bezahlte Arbeit und Rentnerinnen bzw. Rentner in den Landkreisen Garmisch-Partenkirchen, Weilheim/Schongau, Mühldorf und Altötting hinsichtlich der hohen Lebenshaltungskosten begegnen, um allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe und ein Leben in Würde zu ermöglichen und von wie vielen Menschen, die in Armut leben, geht die Staatsregierung in diesen Landkreisen aus?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie lautet das Eckpunktepapier des vom Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Bernd Sibler, im Haus der Kunst einberufenen Expertenrats, welche Aufgaben und Kompetenzen hat der Expertenrat, und wer gehört der Findungskommission bislang an?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche alex-Züge zwischen Schwandorf und Hof sind am vergangenen Wochenende (09.02. und 10.02.2019) komplett ausgefallen, wie viele Fahrgäste konnten dadurch Anschlüsse nicht erreichen und wie reagiert die Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH auf diese Ausfälle?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen Maßnahmen und zu welchem Zeitpunkt ist mit der Umsetzung des erarbeiteten Konzepts der Arbeitsgruppe aus dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales zu rechnen, dessen Grundlage die mittlerweile seit drei Jahren vorliegende Studie der Universität Erlangen „Studie zur Bedarfsermittlung zum Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder in Bayern“ ist und in welcher Höhe sind Finanzmittel für die verschiedenen Bereiche wie Frauenhäuser, Frauennotrufe, Präventionsarbeit und begleitende Bereiche im Gewaltschutzsystem notwendig?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Forschungsvorhaben und Projekte gibt es aktuell an der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, über welchen Zeitraum sind diese Forschungsvorhaben und Projekte angelegt (bitte separat mit Beginn- und Ende der jeweiligen Laufzeit auflisten) und wie viele befristete bzw. unbefristete Stellen (bitte separat auflisten) sind diesen jeweils zugeordnet?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Möglichkeiten bestehen für die „Immobilien Freistaat Bayern“ Grundstücke für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum oder Einrichtungen wie Kitas, Frauenhäuser oder Obdachlosenunterkünfte günstiger zur Verfügung zu stellen, welche Grundstücke wurden in den vergangenen drei Jahren für diese Verwendungszwecke zur Verfügung gestellt (bitte differenziert nach Verwendungszweck, nach vergünstigter Abgabe sowie kommunalem oder privatem Erwerb angeben), und wie hat sich die Zahl der Grundstücksveräußerungen zu diesen Zwecken in den vergangenen fünf Jahren im Verhältnis zu Gesamtbestand und Gesamtveräußerungen entwickelt (bitte differenziert nach Verwendungszweck, nach vergünstigter Abgabe sowie kommunalem oder privatem Erwerb angeben)?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler lernten bzw. lernen in den Schuljahren seit 2014 in Bayern Russisch (bitte nach Schuljahren, Schularten und Jahrgangsstufen mit jeweiligem Prozentanteil an der Gesamtschülerzahl des Schultyps getrennt angeben), in welcher Intensität findet das russische Sprachlernangebot statt (Stundenzahl, Wahlfach, Pflichtfach, Abiturfach) und wie viele Russisch-Kurse wurden nach dem Erwachsenenbildungsförderungsgesetz seit 2014 als Teilnehmerlehreheiten (TLE) durchgeführt?

Dr. Martin Runge
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, auf welcher Grundlage dürfen für das Wasserrecht zuständige staatliche Behörden grünes Licht für den Bau von Häusern in aktuell vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten geben, ohne dass eine wasserrechtliche Genehmigung eingeholt werden muss, d. h. dass auf das Verlangen nach hochwasserangepasstem Bauen und nach dem Schaffen von Ausgleich verzichtet wird (Anmerkung: die Kartierung des Bemessungshochwassers erfolgte nicht allein grundstücksscharf sondern quadratmeterscharf!), und wie würde sich ein solches Verhalten der Wasserrechtsbehörden mit den von der Staatsregierung mit Schreiben vom 04.01.2019 gemachten Ausführungen „Solange für das in Frage stehende Überschwemmungsgebiet keine überrechneten Karten vorliegen ... und die vorläufige Sicherung Bestand hat, kann und muss diese aus Gründen der Rechtssicherheit auch als Entscheidungsgrundlage herangezogen werden. ... Dabei wird den Wasserrechtsbehörden keine Entscheidungsbefugnis darüber eingeräumt, von den Ermittlungsergebnissen des Überschwemmungsgebiets und der Darstellung auf den Karten abzuweichen.“ in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage vereinbaren lassen?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Stadium befindet sich die Planung der von Ministerpräsident Dr. Markus Söder vor der Wahl versprochenen und im Koalitionsvertrag vereinbarten Verfassungskommission, in der die verschiedenen Fraktionen gemeinsam eine Verfassungsänderung herbeiführen sollten, wen möchte die Staatsregierung in diese Kommission einladen (bitte konkrete Namen angeben) und wie soll diese noch rechtzeitig zusammenkommen, wenn die Aufnahme des Klimaschutzes als

Staatsziel bereits im Plenum in Erster Lesung und im Verfassungsausschuss behandelt worden ist?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Zu den aktuellen Diskussionen um die Bahn-Neubaustrecke zwischen Augsburg und Ulm frage ich die Staatsregierung, in minimal wie vielen Minuten die Strecke zwischen Augsburg und Ulm auf der bestehenden Strecke auch bei einer Teilbegradigung angesichts der Entfernung von 86 km und der topographischen Eigenschaften zurückgelegt werden kann, ob die nötigen Grundstücke für die bisher favorisierten Neubauvarianten noch ohne anderweitiges Baurecht und bebauungsfrei sind und ob die Pläne für ein drittes Gleis zwischen Augsburg und Dinkelscherben von der Frage „Neubau oder Ertüchtigung der Bestandsstrecke“ verzögert bzw. sogar gefährdet werden könnten?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung wie viele Personen (Stand 11.02.2019) in Bayern der sogenannten Reichsbürgerbewegung zuzuordnen sind, wie viele Personen aus der sogenannten Reichsbürgerbewegung einen Waffenschein oder eine Waffenbesitzkarte haben und wie viele Personen davon schon entwaffnet sind?

Stefan Schuster
(SPD)

Im Zusammenhang mit den Beschwerden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) über die in Aussicht gestellte, aber nicht ausbezahlte Zulage für Personenbegleiter Luft (PB-L) frage ich die Staatsregierung, wie hoch die Ausgaben des Freistaates Bayern für die Zulage PB-L bei Auszahlung seit September 2018 (wenn möglich aufgeschlüsselt nach Monaten) gewesen wären, warum die Zulage nicht ausbezahlt wird und wie die Pläne der Staatsregierung für eine (rückwirkende) Auszahlung sind?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Staatsministerien, Landesanstalten und Geschäftsbereichen des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wie Führungsakademie oder Kompetenzzentren für Ernährung und Hauswirtschaft wird in den Kantinen oder Gemeinschaftsverpflegungen Bio-Verpflegung angeboten, wie hoch ist der jeweilige Bio-Anteil und welche dieser Kantinen oder Gemeinschaftsverpflegungen sind bio-zertifiziert?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Bestimmungen im bayerischen Landesrecht auf die Eigenschaft von Staaten als Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) Bezug nehmen?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, hat sie Erkenntnisse, in welcher Höhe sich der Investitionsbedarf (für Sanierung- Neu- und Ausbau) an bayerischen Schulen beläuft, wie sich dieser auf die einzelnen Schulformen (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken) verteilt und in welcher Höhe der Freistaat Bayern öffentliche Schulen in den vergangenen zehn Jahren bei Hochbaumaßnahmen gefördert hat?

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Kriterien werden die Fördermittel für „Fachstellen für pflegende Angehörige“ an Leistungserbringer vergeben, werden die Fördermittel turnusmäßig

<p>Rosi Steinberger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</p>	<p>neu ausgeschrieben und wie errechnet sich der Förderschlüssel von einer Fachstelle auf 100.000 Einwohner pro Landkreis?</p>
<p>Martin Stümpfig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</p>	<p>Ich frage die Staatsregierung, gibt es eine Rechtsgrundlage, aufgrund derer die Kiesbank an der naturgeschützten Weltenburger Enge weggebaggert werden darf und welche Verfahrensschritte wären dafür notwendig?</p>
<p>Anna Toman (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</p>	<p>Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die Tätigkeit des gemeinnützigen Vereins „Raubtier- und Exotenasyll“ in Wallersdorf bei Ansbach, welcher 2007 gegründet, mittlerweile eine Hauptamtliche und mehrere ehrenamtliche Tierpfleger beschäftigt und über 350 Mitglieder hat, wie steht die Staatsregierung einer weiteren Weiterentwicklung und Ausweitung auch der behördlichen Tätigkeiten gegenüber und sind für eine erste finanzielle Unterstützung des Vereins bei dem notwendigen Ausbau bzw. Neubau im aktuellen Entwurf des Haushaltsplanes 2019/2020 Mittel eingeplant?</p>
<p>Gabriele Triebel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</p>	<p>Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schulhunde sind derzeit an den Schulen in Bayern im Einsatz (bitte aufgeschlüsselt nach Schularten), welche Voraussetzungen müssen der Hund und die Lehrkraft erfüllen und inwieweit ist es geplant, Schulhunde gezielter, gerade in inklusiven Klassen, einzusetzen?</p>
<p>Andreas Winhart (AfD), Franz Bergmüller (AfD), Ralf Stadler (AfD)</p>	<p>Ich frage die Staatsregierung, wie häufig kam es in den letzten fünf Jahren vor, dass Aufgaben des Staatsexamens an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) in Mathematik fehlerhaft waren, ob den Studierenden Wiederholungsprüfungen angeboten wurden und warum den Studierenden, die diese Prüfungen nicht bestanden haben, ein Bachelorabschluss, wie an anderen bayerischen Universitäten üblich, nicht zertifiziert wurde?</p>
<p>Christian Zwanziger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</p>	<p>Wir fragen die Staatsregierung, hat sie Kenntnis, ob Abgeordnete des Landtags in der Vergangenheit eine Mitgliedschaft bei der Nationaldemokratischen Partei (NPD) hatten und werden bzw. wurden diese Abgeordneten vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet?</p>
<p>Christian Zwanziger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</p>	<p>Ich frage die Staatsregierung, wie würde sich aus ihrer Sicht das Verkehrsaufkommen durch den Wegfall von Wohnheimplätzen für Bedienstete des Universitätsklinikums Erlangen entwickeln, inwieweit finden derartige Überlegungen in den Planungen für die Entwicklung der Universitätsklinik Berücksichtigung und wäre aus Sicht der Staatsregierung ein Wohnheimneubau oder eine Wohnheimsanierung mit Blick auf die Sicherung der umweltrelevanten Belange, insbesondere hinsichtlich der schutzbedürftigen Nutzung (Wohnen, Patienten) als auch im Hinblick auf den vom Verkehrslärm, eine zu bevorzugende Alternative (bitte mit Für und Wider begründen)?</p>